



Finestra

Ein Requiem für das neue Sprachengesetz und für eine schweizerische Sprachenpolitik?

**Der Bundesrat verzichtet auf das Gesetz
Die EDK legt Fahrplan für die Weiterentwicklung des Sprachunterrichts vor**

Due eventi hanno scosso nelle ultime settimane il placido panorama linguistico svizzero. Da un lato il varo il 25 marzo 2004 da parte della Conferenza svizzera dei direttori dell'educazione pubblica (CDPE) (cfr. p. 77) di un programma strategico per lo sviluppo dell'insegnamento linguistico che, di fatto, da luce verde alla priorità per l'inglese nella scuola dell'obbligo. Dall'altro lato la decisione del Consiglio federale del 28 aprile 2004 di rinunciare ad una legge sulle lingue quale risposta al relativo mandato dell'art. 70 della Costituzione.

Entrambi gli eventi sono espressione di una stessa logica fondata su una visione utilitaristica delle lingue e, più in generale, tesa alla deregolamentazione del mercato linguistico, all'erosione delle competenze della Confederazione a favore del ruolo dei cantoni e degli interessi economici forti. Questa ulteriore involuzione della politica linguistica svizzera è resa possibile dallo spostamento del baricentro politico nel Consiglio Federale la cui maggioranza non è più interessata ad un discorso culturale e linguistico che in un qualche modo possa interferire sul progressivo dominio dei Cantoni forti e dell'economia. Che poi si faccia ricorso alla necessità di risparmiare non è che un argomento di comodo poco convincente. Anche la CDPE, pur avendo richiesto al Consiglio Federale di ritornare sulla propria decisione, più che convincere per una politica improntata agli interessi nazionali, sembra succube dei Cantoni forti e, di fatto, aver ormai rinunciato a difendere la legge per puntare piuttosto su alcune piste (gli scambi linguistici e il centro nazionale di competenze) presumibilmente percorribili anche indipendentemente dalla legge.

Come mostrano le prese di posizione che pubblichiamo, la rabbia suscitata da queste decisioni sta provocando le prime reazioni. La Fondazione Lingue e Culture e Babylonia hanno lanciato recentemente il progetto "Parlez-vous Suisse?" il cui obiettivo era di sostenere la nuova legge. Si tratterà ora di rilanciare il dibattito e contribuire affinché il Parlamento torni ad occuparsene in maniera decisa. Le mozioni inoltrate in Parlamento da parte di C. Bühlmann, F. Abate e l'iniziativa parlamentare di C. Levrat, rappresentanti tutto lo spettro politico tranne la destra UDC, costituiscono i primi passi in questa direzione. (G. Ghisla)

Zwei Ereignisse haben in den letzten Wochen die schläfrige schweizerische Sprachenlandschaft aufgeweckt, ja aufgeschreckt: Das erste war die Verabschiedung eines strategischen Fahrplans zur Weiterentwicklung des Sprachunterrichts seitens der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) am 25. März 2004 (Vgl. S. 77), das im Klartext grünes Licht für die Priorität des Englischen in der Volksschule bedeutete. Das zweite war der Entscheid des Bundesrates vom 28. April 2004, auf ein Sprachengesetz zur Wahrnehmung des Verfassungsauftrags zu verzichten.

Dass sich die EDK mit einer klaren Linie zur Frage der Unterrichtssprachen in der Volksschule schwer tat, ist hinlänglich bekannt und auch begreiflich, zumal damit die Rolle des Englischen verknüpft ist und stark divergierende Interessen tangiert werden. Dass sich der Bundesrat, nach dem Ausscheiden von Bundesrätin Ruth Dreyfus, am Sprachengesetz ebenfalls schwer tun würde, gehörte zu den Erwartungen, die der neue Innenminister hinlänglich geschürt hatte. Nun sind beide Knoten gelöst, zumindest vorläufig.

Was das Sprachengesetz betrifft, erinnern wir uns daran (vgl. Babylonia 4/2001), dass sowohl Art. 70 der Bundesverfassung wie auch mehrere, teilweise noch hängige

Was sah der Entwurf zum neuen Sprachengesetz vor?

Im Vordergrund des Entwurfes standen verschiedene Massnahmen zur Förderung der Sprachkompetenz in den Landessprachen, die Förderung des Austauschs von Lernenden und Lehrenden auf allen Bildungsstufen, die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Mehrsprachigkeit und die Unterstützung von verständigungspolitischen Massnahmen Dritter. Die Förderungsmassnahmen zugunsten des Rätoromanischen und des Italienischen in den Kantonen Graubünden und Tessin, sowie die Unterstützung der mehrsprachigen Kantone durch den Bund wurden ebenfalls integriert. (Vgl. Babylonia 4/2001)

parlamentarische Vorstösse ein grösseres sprachpolitisches Engagement verlangen. Der Entwurf, Resultat einer schwierigen Kompromissarbeit zwischen Bund und Kantonen, war eine zwar nicht optimale aber brauchbare Antwort darauf, die in der Vernehmlassung auf breite Zustimmung – mit Ausnahme des rechten politischen Lagers um die SVP – gestossen war.

Als sich 2001 Ernst Buschor, damaliger Erziehungsdirektor im Kanton Zürich, zum neuen Sprachengesetz wie folgt äusserte, wusste er wohl, wovon er sprach: “Das parlamentarische Verfahren wird mehrere Jahre dauern. Bis dann wird sich zumindest in der Deutschschweiz das Frühenglisch durchgesetzt haben. Damit wird die heutige Streitfrage auf einem natürlichen Weg entschärft.”

Die Realität war noch schneller als die begründeten Wünsche des Vorreiters des Englischen in der Schweiz. Nicht nur hat die EDK am 25. März der Priorität des Englischen die letzte Legitimation geliefert, jetzt hat auch der neu zusammengesetzte Bundesrat unter der Federführung von Pascal Couchepin am 28. April dem neuen Sprachengesetz den Boden entzogen. Zwei Fliegen auf einen Schlag! Grund zum Frohlocken für all jene, die zweierlei auf ihre neoliberale Fahne geschrieben haben: Zum einen die untergeordnete Bedeutung von Sprachen und Kulturen im “modernen” marktwirtschaftlich orientierten Staatswesen, zum anderen der Abbau der Bundeskompetenzen, der in einem langsamen aber stetigen Prozess zugunsten der Kantone und des Marktes fortzuschreiten hat.

Beide Ereignisse scheinen der gleichen Logik zu gehorchen. Die EDK hat sich zwar redlich bemüht, den Schein ihrer gesamtschweizerischen Interessenwahrnehmung aufrechtzuerhalten, den Eindruck aber, dass sie als verlängerter Arm der starken Kantone agiert, bekräftigt. So hebt sie in der Pressemitteilung zur Strategie ihren Einsatz für “...die Beibehaltung einer zweiten Landessprache ab Primarschulstufe (spätestens ab 5. Schuljahr) für alle Schülerinnen und Schüler” hervor, sieht aber geflissentlich davon ab zu erwähnen, dass damit Englisch de facto die Priorität erhält. Aus dem nun einige Jahre dauernden Machtkampf zwischen Bund und Kantonen gehen letztere gestärkt hervor. Dass der Entscheid des Bundesrats in die gleiche Richtung geht, liegt auf der Hand. Der Vorwand des Spardrucks (ab 2008 hätten 17 Millionen Franken zusätzlich aufgewendet werden müssen) vermag wohl niemanden zu überzeugen. Entscheidend ist die Neuorientierung des Bundesrates, dessen Mehrheit kein Interesse für eine gesamtschweizerische Sprachenpolitik aufzubringen vermag und die Kompetenz der Kantone nur zu gerne bestätigt. Für die Mehrheit des Bundesrates ist dieses Gesetz schlicht überflüssig. Dass die EDK auf diesen Entscheid „enttäuscht“ reagiert und den Bundesrataufgefordert hat, darauf zurückzukommen, ist natürlich zu

begrüssen, des Eindrucks, es sei viel Taktik dabei kann man sich allerdings nicht erwehren.

Schon hatte sich die Konferenz für dieses Gesetz nicht besonders stark ins Zeug gelegt, nun sieht es de facto danach aus als ein Verzicht darauf wohl bedauerlich wäre, aber durchaus ein Problem der erträglichen Sorte darstellen würde. Denn, die EDK rechnet sich wohl aus, ihre zwei im Gesetz berücksichtigten Hauptanliegen, nämlich die Förderung des Austauschs und die Schaffung eines Kompetenzzentrums, mit den Kantonen auch mehr oder minder eigenständig durchziehen zu können, während der Rest des Gesetzes als nicht unbedingt unterstützungswürdig betrachtet wird.

Der Umstand, dass dem Englischen Tür und Tor geöffnet werden, wäre an sich gar nicht so problematisch, wenn die nationalen Sprachen einigermaßen von gleichen Voraussetzungen ausgehen könnten. Die Wirklichkeit sieht aber insofern anders aus, als in einem deregulierten Sprachenmarkt das Englische, kraft seines Machtpotentials, quasi problemlos zu einer dominanten Position aufsteigen kann, was sich u.a. auf die “minderbemittelten” Minderheitensprachen fatal auswirkt und der sprachlichen und kulturellen Homogenisierung Vorschub leistet. Ein Kräfteausgleich ist nur durch eine schweizerische Sprachenpolitik zu erzielen. Dem Bund sind nun aber die dazu notwendigen Instrumente verweigert worden. So setzt sich das in den frühen achtziger Jahren begonnene blamable Trauerspiel einer Schweiz fort, die eines ihrer wenigen Reichtümer, die sprachliche und kulturelle Vielfalt, kläglich verspielt. Die Wut ist aber gross, zumindest in den interessierten Kreisen, und der Widerstand beginnt sich zu regen, wie die nachfolgenden Stellungnahmen zeigen.

Die Stiftung Sprachen und Kulturen hat, zusammen mit 18 weiteren Organisationen der zivilen Gesellschaft, das Projekt “Parlez-vous Suisse?” lanciert. Ziel des Projekts war ursprünglich, die Unterstützung des neuen Sprachengesetzes. Nun wird es darum gehen, die Reflexion neu zu lancieren und die Wiederaufnahme des Dossiers im Parlament zu erzwingen. Erste Schritte sind mit den Motionen C. Bühlmann, F. Abate und mit der parlamentarischen Initiative C. Levrat (Vgl. S. 73), welche das ganze politische Spektrum mit Ausnahme des rechten Flügels abdecken, eingeleitet worden.

Gianni Ghisla
Sekretär der Stiftung Sprachen und Kulturen und Redaktor von
Babylonia



Nationalrat
Das Sprachengesetz ist Verfassungsauftrag
Motion Cécile Bühlmann von 6.5.04

Der Bundesrat wird aufgefordert, auf seinen Entscheid vom 28. April zurückzukommen und den beschlussreifen Entwurf für das Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften unverzüglich dem Parlament zur Beratung vorzulegen.

Am 28. April hat der Bundesrat beschlossen, den beschlussreifen Entwurf für ein Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften nicht dem Parlament zu unterbreiten. Dies ist ein krasser Verstoss gegen Treu und Glauben. Die Kantone waren ausdrücklich in die Vorbereitung der Gesetzesvorlage eingebunden worden, und in diesem Rahmen hatte man sich auf die gemeinsame Schaffung eines Kompetenzzentrums für Mehrsprachigkeit geeinigt. Zu Recht hat deshalb auch die EDK (Schweiz. Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) den Bundesrat aufgefordert, auf seinen Entscheid zurück zu kommen.

Die Botschaft zum Sprachengesetz ist nicht nur ausdrücklich Bestandteil der Legislaturplanung 2003-2007, sondern figuriert auch als Jahresziel 14 des Bundesrates für 2004: "In der ersten Hälfte 2004 wird der Bundesrat die Botschaft zu einem Sprachen-

gesetz verabschieden (...). Aufgrund der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens und weiterführender Verhandlungen mit den Kantonen sind der Gesetzesentwurf sowie die darin vorgesehenen Massnahmen und Schwerpunkte überarbeitet worden."

Nun will der Bundesrat eine rund zwanzigjährige Aufbauarbeit über Nacht von der Traktandenliste streichen und die Revision des Sprachenartikels in der Bundesverfassung (alt: Art. 116, neu: Art. 70) von 1996 zu einem weiteren uneingelösten Verfassungsanspruch verkommen lassen.

Der Bundesrat verwirft mit seinem Entscheid aus einer kurzsichtigen "Spar"-Optik heraus selbst die kleinsten realpolitischen Schritte. Die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften, die Beteiligung des Bundes an einem Kompetenzzentrum für Mehrsprachigkeit, die Möglichkeit zur Unterstützung der sogenannten Migrationssprachen wären bestimmt keine visionären, aber trotzdem kleine Wegstücke zu einer Sprachenpolitik in unserer mehrsprachigen Gesellschaft. Der Bund muss seine Rolle als übergeordnete und zur Vermittlung verschiedener Interessen prädestinierte Instanz wahrnehmen, dazu gehören auch die Interessen der sprachlichen Minderheiten.

Der Bundesrat wird aus diesen Gründen aufgefordert, den Entwurf zum Sprachengesetz unverzüglich dem Parlament vorzulegen.



Consiglio Nazionale
Aspettiamo la nuova legge sulle lingue nazionali - Mozione Fabio Abate del 4.5.04

Cofirmatari: Beck S. - Bezzola D. - Bignasca A. - Burkhalter D. - Christen Y. - Dormond Béguelin M. - Dupraz J. - Gadiet B. M. - Galladé Ch. - Germanier J-R. - Glasson J-P.1 - Guisan Y. - Hämmerle A. - Hassler H. - Heim B. - Kohler P. - Markwalder Bär Ch. - Pedrina F. - Pelli F. - Rennwald J-C. - Rey J-N. - Robbiani M. - Sadis L. - Simoneschi-Cortesi C. - Vaudroz R. (25)

Sulla scorta degli articoli 160 cpv 1 CF, nonché 107 della Legge federale sull'Assemblea federale, è inoltrata la presente mozione con l'obiettivo di richiedere al Consiglio federale la presentazione del progetto della legge federale sulle lingue nazionali e la comprensione tra le comunità linguistiche.

In data 28 aprile 2004 il consiglio federale ha deciso di rinunciare alla presentazione al parlamento di un progetto di legge federale sulle lingue nazionali e la comprensione tra le comunità linguistiche.

Ha motivato tale decisione, ricordando che attualmente si dispone già degli strumenti necessari per raggiungere gli obiettivi fissati nella legge. Ciò è inaccettabile.

Infatti, serve chiedersi perché mai si è giunti addirittura alla vigilia della presentazione di un progetto di legge tanto atteso per poi considerarlo superfluo. Inoltre, la situazione delle lingue nazionali in questo momento è particolarmente delicata. Infatti, la lingua inglese ha conosciuto un'importante diffusione in parecchi ambiti della società, accattivandosi oltretutto le simpatie delle nuove generazioni. Appare dunque improponibi-

le rinunciare all'adozione di uno strumento legislativo specifico che permetterebbe alle lingue nazionali minoritarie di mantenere condizioni irrinunciabili di sviluppo in questo contesto difficile da gestire.

La comprensione tra le comunità linguistiche è un obiettivo della legge oggetto di rinuncia e mal si comprende quali sarebbero gli strumenti già a disposizione per promuoverla.

Serve altresì ricordare che le lingue nazionali sono un importantissimo ed irrinunciabile strumento di promozione culturale in un paese federalista, in cui la pari dignità delle quattro realtà non può trovar riscontro unicamente a titolo teorico, ma con esempi concreti.

A tal proposito il Consiglio federale manifesta nel suo comunicato dice: *Tuttavia il Consiglio federale ha confermato l'importanza che attribuisce al mantenimento del plurilinguismo ed alla comprensione tra le comunità linguistiche. Di conseguenza proseguirà con una politica volta al trattamento paritario del tedesco, del francese e dell'italiano all'interno dell'amministrazione federale. Il Consiglio federale farà in modo anche che si tenga conto del romancio, quarta lingua nazionale.*

Appare tuttavia difficile immaginare come si possa lavorare in tal senso solamente sulla scorta di una dichiarazione di intenti per nulla convincente. Basta ricordare a tal proposito la percentuale di svizzeri italiani assunti negli ultimi anni nell'amministrazione federale per capire quanta strada rimane da percorrere per conseguire gli obiettivi di una legge che deve giocoforza vedere la luce ed incontrare un dibattito in Parlamento, quale segnale della consapevolezza della portata del principio federalista.



Conseil National
Loi fédérale sur les langues nationales
Initiative Parlementaire Christian Levrat du 7.5.04

Cosignataires: M. Chevrier - Ch. Darbellay - D. de Buman - M. Dormond Béguelin - H. Fässler-Osterwalder - H-J. Fehr - M. Fehr - J-R. Germanier - J-P. Glasson - A. Hämmerle - E. Jutzet - P-Y. Maillard - L. Maury Pasquier - T. Meyer - P. Rechsteiner - J-N. Rey - J-F. Rime - M. Robbiani - G. Savary - C. Sommaruga - P. Vanek (21)

Me fondant sur les articles 160 alinéa 1 de la Constitution fédérale et 107 de la Loi sur le Parlement, je dépose l'initiative parlementaire suivante:

Je propose qu'une Loi fédérale sur les langues nationales et la compréhension entre les communautés linguistiques (LLC), telle que mise en consultation le 23 octobre 2001, soit adoptée par les Chambres fédérales.

Le 29 avril dernier, le Département fédéral de l'intérieur annonçait que le Conseil fédéral renonçait à présenter au Parlement son projet de Loi fédérale sur les langues nationales et la compréhension entre les communautés linguistiques (LLC).

Cette loi, dont l'avant-projet avait recueilli l'appui de la majeure partie des cantons, des partis politiques et des autres organisations consultées, vise à renforcer le quadrilinguisme de la Suisse et ainsi à consolider la cohésion nationale, notamment en favorisant les échanges entre les communautés linguistiques d'élèves et d'enseignants à tous les niveaux scolaires.

La création d'une Institution d'encouragement du plurilinguisme, prévue dans l'avant-projet de loi à l'article 21 et approuvé par l'immense majorité des cantons et organisations consultés, contribuerait également à développer la compréhension mutuelle consubstantielle à notre pays.

La large approbation dont l'avant-projet avait bénéficié lors de la consultation du 23 octobre 2001 et l'importance intrinsèque de cette loi justifient clairement que le Conseil fédéral présente un projet au Parlement.

Le canton de Fribourg, en tant que l'un des quatre cantons plurilingues de Suisse, tient particulièrement à la mise en oeuvre de cette loi et s'est d'ores et déjà déclaré prêt à accueillir cette institution, qui pourrait notamment bénéficier de liens fructueux avec son Université bilingue et en particulier avec sa nouvelle Chaire du plurilinguisme.

Kommentare zum Entscheid des Bundesrats

Georges Lüdi

“Kuriöserweise verfügt die Schweiz mit Ausnahme eines kurzen Sprachenartikels in der Bundesverfassung über keine eigentliche Sprachengesetzgebung. In den letzten Jahren wurde von einer paritätischen Arbeitsgruppe von Bund und Kantonen ein Entwurf ausgearbeitet, der namentlich die Vermittlung der Landessprachen und die Kontakte zwischen den Sprachgruppen verbessern sollte. Aus der Presse vernehmen wir, dass das “Sprachengesetz” laut einem Entscheid des Bundesrates vom April 2004 den Eidgenössischen Räten gar nicht vorgelegt werden soll. Begründet wird dies mit finanziellen Erwägungen. Nun steht ausser Zweifel, dass “Deregulierung” auf dem Sprachenmarkt letztlich allen Landessprachen schadet und der Ausbreitung des Englischen Vorschub leistet. Wer mehr als ein blosses Lippenbekenntnis zugunsten der Viersprachigkeit abgeben will, muss die dringende Notwendigkeit von Mass-

nahmen zu deren Erhaltung anerkennen. Dass dies etwas kostet, ist nicht abzustreiten. Staatspolitisch handelt sich aber um eine ganz entscheidende Aufgabe, die zum Kerngeschäft des Bundesstaates gehört und für die auch ein Verfassungsauftrag besteht. †Die Europäische Union hat die Dringlichkeit von Massnahmen zugunsten der Erhaltung des gemeinsamen historischen Erbes erkannt und tätigt entsprechende Investitionen. Ist es denn denkbar, dass ausgerechnet die Schweiz aus kurzfristigen finanzpolitischen Erwägungen eines ihrer zentralen Identitätsmerkmale in Frage zu stellen bereit ist?”

Georges Lüdi
Professor an der Universität Basel und Mitglied des Rates der Stiftung Sprachen und Kulturen.

Cécile Bühlmann

Unglaublich! Nach so langer Zeit und nach so viel Aufwand ein so klägliches Entscheid! Und das nur wegen des Geldes! In diesem Land passiert vor lauter Sparwut und Steuergeschenken keine Innovation mehr. Jede Frage wird nur noch nach ihrer finanziellen Auswirkung entschieden. Der Sprachfrieden, die Sorgfalt im Umgang mit der Mehrsprachigkeit, sind offensichtlich politisch nicht von Interesse, wenn dabei nur die Kasse stimmt. Das könnte uns eines Tages teurer zu stehen kommen! Dann nämlich, wenn durch mangelndes Engagement des Staates die Sprachregionen sich immer mehr entfremden. Der Sprachfrieden ist nicht etwas, das einem für immer gegeben sind! Dafür muss man etwas tun! Da ist noch nicht das letzte Wort gesprochen!

Cécile Bühlmann
Nationalrätin, Luzern



François Grin

L'abandon du projet de loi sur les langues est assurément fâcheux. Toutefois, le texte présenté fin 2001 par l'administration fédérale laissait à désirer sur certains plans (voir *Babylonia* 4/2001, pp. 26-27), et il n'est donc pas interdit d'espérer que son retrait ouvre la porte à la relance de la réflexion. Pour ceci, trois conditions sont nécessaires.

Premièrement, il faut que s'organisent et que s'allient les forces capables de faire valoir, dans l'arène politique, l'importance de la question des langues en Suisse : certaines autorités cantonales et certaines associations spécialisées bien sûr, mais aussi des parlementaires, des chercheurs, et plus généralement des citoyens concernés à un titre ou à un autre.

Deuxièmement, le débat doit sortir du cadre par trop administratif dans lequel il est parfois resté. Il faut développer une véritable vision de politique publique sur la diversité linguistique. Il existe dans ce domaine, notamment à l'étranger, une riche expérience, et l'on dispose aussi, en Suisse même, d'instruments et de compéten-

ces analytiques qui ont déjà livré nombre de résultats et de propositions. Tout cela constitue un ensemble d'atouts dont nous devons mieux nous servir. Troisièmement, il faut faire comprendre à un large public que le plurilinguisme fait partie non seulement de notre identité, mais aussi de notre qualité de vie. À cet égard, rappelons que le coût du plurilinguisme est extrêmement modeste et qu'en rognant sur ce poste, on économise très peu, mais on perd énormément. Espérons donc qu'une fois la déception passée émergeront ces conditions qui permettront une relance de la réflexion dans laquelle, dès le début, on tâchera de voir plus loin.

François Grin
professeur université de Genève et Lugano

Fulvio Caccia

Qualche decennio di frequentazione assidua di luoghi d'incontro degli Svizzeri mi permettono di constatare che la situazione della padronanza delle lingue nazionali sta peggiorando, persino sotto la cupola di Palazzo

federale. Se gli affari, in Svizzera e con l'estero, si possono benissimo trattare in inglese, la politica nazionale - non soltanto quella fatta dai parlamentari federali - non si può trattare né in inglese, né con l'aiuto di traduzioni simultanee o meno.

La cultura politica sviluppata nell'esperienza dello Stato federale, cemento essenziale per la coesione nazionale, presuppone dialogo diretto, conoscenza dell'altro e degli altri, attraverso la frequentazione di dibattiti, la lettura della stampa regionale nelle diverse lingue nazionali.

Della salvaguardia e sviluppo di questa cultura politica deve farsi carico anche la Confederazione ed in particolare con una legge sulle lingue.

La decisione del CF, negando anche il più modesto seguito immaginabile all'articolo costituzionale sulle lingue, è sintomo di carenze di sensibilità di fronte a problemi delicati di cui soffre il Paese.

Fulvio Caccia
presidente della Fondazione Maison Latine, Berna

Silva Semadeni

Tutto inutile? L'articolo 70 della nuova Costituzione federale non si deve mettere in pratica? E la nuova legge si può accantonare così, dopo oltre un decennio di preparazione? Non abbiamo più bisogno di sforzi a livello nazionale per promuovere il dialogo fra i gruppi linguistici e le differenti culture in Svizzera? Gli interscambi di giovani e insegnanti non devono essere promossi? Le minoranze non rischiano più la germanizzazione? L'apprendimento delle lingue nazionali - oltre all'inglese - si sviluppa già in modo ottimale? E un centro di competenza per il plurilinguismo è oggi un lusso? Il plurilinguismo, la comprensione delle varie culture e il rispetto delle minoranze non rappresentano più una ricchezza, una parte centrale della nostra identità svizzera?

Per risparmiare 17 milioni di franchi (ma con la riduzione delle imposte in votazione il 16 maggio sarebbe disposto a rinunciare a vari miliardi di franchi!) il Consiglio federale vuole buttarlo nel dimenticatoio tutte le raccomandazioni e le proposte di esperti e commissioni, avallate dal popolo nel 1996 e finalmente pronte per la discussione parlamentare. E questo proprio ora che la Svizzera si trova sempre più isolata in Europa e si pone inquietanti domande sul proprio futuro! Chi è cosciente del problema non può tacere e deve reagire. I nostri mezzi sono la mobilitazione dei parlamentari, l'organizzazione dei gruppi interessati, la sensibilizzazione del popolo. È quanto si sta facendo con grande successo per risparmiare lo stesso destino alla revisione della Legge per la protezione della natura e del paesaggio, che prevede finalmente un quadro legale per la creazione di parchi regionali e nazionali. Con l'attuale politica neoliberalista delle autorità federali non abbiamo alternative: Bisogna muoversi!

Silva Semadeni
già consigliera nazionale, Coira.

ble”, perché mai i Cantoni dovrebbero essere più papisti del Papa? Sulla scelta del Governo di settimana scorsa hanno certamente influito la pessima situazione finanziaria dell'erario dello Stato e i mutati equilibri in seno all'esecutivo. Ma questa spiegazione è fuorviante poiché indicherebbe soltanto in un cambiamento di rotta politica la causa principale di una miopia antica della classe politica elvetica. I dibattiti sulle lingue a cavallo fra gli anni Ottanta e Novanta che hanno prodotto il nuovo articolo costituzionale erano infatti impregnati da uno spirito puramente difensivo che si è rivelato controproducente per la salvaguardia del plurilinguismo elvetico. Anziché dare uno zuccherino al declinante romancio e blindare il vecchio principio della territorialità delle lingue (“Cuius regio, eius lingua”), si sarebbe potuto codificare nella costituzione elvetica anche il principio della libertà delle lingue. L'avessimo fatto, saremmo stati in grado di promuovere efficacemente le lingue nazionali non solo all'interno dei loro confini linguistici storici ma anche nelle altre regioni del Paese, favorendo attivamente gli scambi linguistici e l'inse-

gnamento di una seconda lingua nazionale. Allora si preferì (i Romandi in prima linea) alzare muri regionali per proteggersi dall'invasione degli odiati alemannici anziché darsi gli strumenti per promuovere le lingue minoritarie fuori dalle frontiere regionali. Per mancanza di coraggio nel valorizzare il multilinguismo elvetico, ormai l'inglese McDonald-Coca Cola sta imponendo la sua legge senza incontrare (praticamente) resistenze. La penosa decisione del Consiglio federale di settimana scorsa è figlia della miopia di buona parte della classe politica confederata negli anni Ottanta e Novanta, la quale non ha saputo valorizzare i gioielli di famiglia quando era più facile farlo. Oggi la strada è tutta in salita. Siamo certi che il Cantone Ticino - nelle cui Linee direttive figura la promozione dell'italiano anche fuori dalle frontiere cantonali - e la Svizzera italiana nel suo insieme, sapranno rilanciare un dibattito sul plurilinguismo prezioso non solo per le minoranze ma per il Paese tutto intero.

Moreno Bernasconi
giornalista, Lugano

Moreno Bernasconi

Il plurilinguismo svizzero non vale 17 milioni di franchi. È questa la lezione, incresciosa, che dobbiamo trarre dalla decisione del Consiglio federale di bocciare la legge sulle lingue e la comprensione fra le comunità linguistiche, il cui costo annuo non avrebbe superato quella cifra. Una decisione particolarmente infelice, poiché finisce per dare la benedizione del Governo a quei cantoni che negli anni scorsi hanno privilegiato unilateralmente l'insegnamento dell'inglese a scapito delle lingue nazionali, facendosi un baffo dell'intesa confederale. Se anche il Consiglio federale considera ormai la promozione del plurilinguismo svizzero “quantité négligea-



Alain Pichard

Folklore électoral et pure hypocrisie

La Suisse se prépare à défendre ses produits du terroir AOC au sein du nouveau grand marché européen. Mais le Conseil fédéral n'est pas prêt à verser le moindre kopeck pour la promotion d'une spécificité suisse encore plus universellement connue que la raclette, à savoir notre quadrilinguisme. Il vient de décider de renoncer purement et simplement à la loi sur les langues qui devait concrétiser l'article constitutionnel voté il y a huit ans déjà. Motif: la situation des finances fédérales ne nous autorise pas un tel luxe. Les dépenses induites par la loi équivaldraient au prix d'une tasse de café par habitant et par an. C'est manifestement trop cher payer pour une valeur immatérielle.

Ce ne sont pas seulement des subventions qui passeront à la trappe. Sans cette loi, par exemple, l'usage du romanche ne sera toujours pas admis dans la correspondance entre la Confédération et les citoyens qui le parlent. La tentative, amorcée à la fin des années 80, de transformer en vrai quadrilinguisme notre régime à trois langues et demie, est renvoyée aux oubliettes.

En effet, comble du paradoxe, le Conseil fédéral a enterré la loi quatre jours avant que l'Union européenne ne s'élargisse et augmente de neuf unités ses langues officielles. La gestion de la coexistence linguistique coûtera aux

citoyens européens légèrement plus qu'un café, mais eux semblent l'accepter au nom du principe de l'égalité entre nations de tailles diverses. Notons qu'en proportion il y a davantage de Romanches en Suisse que de Slovènes ou d'Estoniens au sein de l'UE. Et les Maltais, tous bilingues, sont encore cinq fois plus minoritaires, mais leur idiome n'en aura pas moins droit de cité à Bruxelles.

En apparence, le romanche a la cote sous la Coupole, surtout lors des élections au Conseil fédéral. On entend de plus en plus souvent des nouveaux élus (ou des sortants) prononcer un discours quadrilingue englobant plusieurs phrases estropiées en romanche. La décision de fin avril montre que ce folklore électoral n'est que pure hypocrisie. La Suisse quadrilingue est tout juste un slogan vide qui permet de briller dans les salons diplomatiques et de donner des leçons de coexistence aux Chypriotes. Même les milieux antieuropéens, qui ne cessent de glorifier nos particularismes alpins, jugent plus urgent d'affamer l'Etat que d'aider une langue menacée à survivre.

Le Conseil fédéral n'est toutefois pas le seul responsable de l'échec de la loi. La méfiance des cantons, qui craignaient une ingérence dans leur chasse-gardée qu'est l'instruction publique, a longtemps bloqué le dossier. Jusqu'ici, la Confédération se bornait à assister les "petites langues

nationales" et donc à verser des subsides au Tessin et aux Grisons. Selon le projet de loi, elle aurait pu subventionner les échanges d'élèves ou d'enseignants, encourager l'enseignement plurilingue, parfaire les connaissances des immigrés et rembourser aux cantons bilingues une part des surcoûts dûs à leurs deux langues.

Maigre consolation, la loi abandonnée n'aurait pas été en mesure de résoudre parce qu'il relève des seuls cantons le principal problème linguistique actuel du pays: l'enseignement précoce de l'anglais. Si une conception purement utilitariste de la langue continue à se répandre parmi les parents alémaniques, voire romands, nous aboutirons à un résultat paradoxal. Car l'Union européenne, elle, préconise l'apprentissage d'une "langue de proximité" en plus de l'idiome maternel et de l'anglais. A son niveau, elle finira par mieux incarner le plurilinguisme helvétique que la Suisse elle-même même s'il est vrai que certains de ses Etats membres continuent de maltraiter leurs propres langues minoritaires.

Alain Pichard
journaliste, Lausanne

Colloque VALS/ASLA

Les enjeux sociaux de la linguistique appliquée

Neuchâtel (Suisse)

16 - 18 septembre 2004

Informations:

<http://www.irdp.ch/colloque.vals-asla04/>



EDK Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
CDIP Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
CDPE Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
CDEP Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Développement de l'enseignement des langues: calendrier établi pour l'ensemble du pays

Les directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique veulent développer de manière coordonnée l'enseignement des langues dans la scolarité obligatoire et stimuler plus tôt les compétences linguistiques. Leurs objectifs communs: promouvoir davantage la langue première (langue nationale locale) et, à plus long terme, enseigner à tous les élèves deux langues étrangères introduites au plus tard à partir de la 3e et de la 5e année scolaire. L'éventail des langues comprendra obligatoirement une deuxième langue nationale et une autre langue qui sera généralement l'anglais. La mise en œuvre doit débuter en 2010 ou en 2012 au plus tard, selon la situation qui prévaut dans les cantons.

[...]

La stratégie sur le développement de l'enseignement des langues a été acceptée avec 24 voix et 2 abstentions (AI, LU) par les directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique réunis en assemblée plénière le 25 mars 2004. La CDIP se prononce ainsi clairement en faveur du maintien d'une deuxième langue nationale pour tous les élèves dès le degré primaire (au plus tard à partir de la 5e année). Dans un pays plurilingue, et pour des raisons politiques, une deuxième langue nationale fait indiscutablement partie des langues dont l'apprentissage doit débuter tôt. La CDIP soutient également l'objectif d'offrir la possibilité aux élèves de développer leurs connaissances dans d'autres langues nationales.

Le calendrier établi en commun fixe le programme suivant (des dispositions différenciées pourront être prises par TI et GR en raison de leur situation linguistique spécifique):

- **Harmonisation des conditions de départ d'ici 2006/2007:** dans tous les cantons, une deuxième langue nationale devra être enseignée à tous les élèves au plus tard dès la 5e année et l'anglais au plus tard dès la 7e année.
- **Atteinte de l'objectif à long terme** (deux langues étrangères au plus tard à partir de la 3e et de la 5e année scolaire): l'enseignement d'une première langue étrangère en 3e année devra être effectif dans tous les cantons au plus tard à partir de 2010, et celui d'une deuxième langue étrangère en 5e année devra l'être au plus tard à partir de 2012. De fait, les premières mises en œuvre débuteront avec l'enseignement de l'anglais dès la 3e année en Suisse centrale (rentrée scolaire 2005/2006) et dès la 2e année dans le canton de Zurich (progressivement à partir de 2004/2005).
- **Ordre d'introduction des langues:** cette question sera coordonnée au sein des quatre conférences régionales de la CDIP. Leurs décisions ou déclarations d'intention déjà connues à ce jour laissent entrevoir la solution suivante:
 - Dans la plus grande partie de la Suisse alémanique, l'an-

glais sera la première langue étrangère enseignée (à partir de la 2e ou 3e année), suivie du français dès la 5e année comme actuellement (CDIP de la Suisse centrale, CDIP de la Suisse orientale et Zurich).

- En Suisse romande, l'allemand est déjà enseigné aujourd'hui dès la 3e année primaire et restera la première langue étrangère enseignée, suivie de l'anglais, dont l'introduction sera par la suite avancée en 5e année (Déclaration de la Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande).
- Dans la zone proche de la frontière linguistique (parties germanophones de VS et FR et probablement dans d'autres cantons), le français restera la première langue étrangère enseignée, suivie de l'anglais introduit à l'avenir dès la 5e année. La position de la conférence régionale (CDIP de la Suisse Nord-Ouest) est encore attendue.
- Dans les cantons du Tessin et des Grisons, la première langue enseignée reste une langue nationale.

Caractère obligatoire conféré par les standards en langues

Les modifications programmées dans l'enseignement des langues prendront un caractère obligatoire par le biais du projet HarmoS (harmonisation de la scolarité obligatoire). La CDIP se propose en effet, dans le cadre de ce dernier, de prescrire des standards ou niveaux de compétence mesurables pour la langue première et pour les langues étrangères. Les niveaux de compétences que devront obligatoirement atteindre les élèves à travers l'enseignement des langues seront ainsi fixés à partir de 2007 sur le plan suisse.

[...]

Les cantons entendent intensifier leur collaboration pour réaliser ce but commun, en prenant ensemble, au niveau suisse, les mesures suivantes:

- fixer de manière contraignante des standards pour les langues (dès 2007),
- généraliser l'usage des portfolios des langues (à disposition à partir de 2005 et 2007 pour la scolarité obligatoire),
- édicter des exigences relatives à la formation des enseignantes et enseignants (compétences linguistiques et didactiques) (dès 2006/2007),
- évaluer régulièrement l'enseignement des langues sur le plan national (dès 2005),
- instaurer une agence nationale pour la promotion des échanges, en collaboration avec la Confédération (dès 2006),
- instaurer un centre national de compétences sur les langues, en collaboration avec la Confédération (dès 2007/2008).

Kommentare zur Entscheidung der EDK

In Grischun as piglia las decisiums cun calma

Davo la hectica dals ultims ans as tratta uossa in prüma lingua da consolidar las innovaziuns decisas. In terra rumantscha as concentreschan ils sforzs sün duos champs. Dad üna vart as occupan adüna pü blers cumüns cun l'introducziun da la scoula bilinqua a aprtir da la prüma classa primara. Quia daja amo bler dad optimar: La scoulaziun da la magistraglia, la furniziun da buns mezs d'instrucziun, l'evaluaziun impustüt da las cugnuschentschas dal rumantsch a la fin da la scoulaziun obligatoria. Il seguond problem chi svaglia emeziuns, spranzas e temmas es il concept cha la Regenza ha preschantà (sainza consultaziuns, ne pro las uniuns rumantschas ne pro la magistraglia), nempe quella da rimplazzar in scoula la lingua scritta; impe da mezs d'instrucziun i'ls differents idioms, dess gnir edit a partir da l'an chi vain be pü material da scoula in Rumantsch Grischun. In vista a la situaziun ourdvard periclitada dal rumantsch üna decisium fich problematica.

Acceptada vain aint il Grischun tudaisch la proposta dad introdüer la prüma lingua da contact pü bod. Pero eir qua es la prüma lezcha quella dad amegldrar l'instrucziun dal italian illa 5/6a classa. Cumbain cha l'italian gioda üna gronda acceptanza, nu correpuondan ils resultats ragiunts fin hoz a las aspettativas.

Romedi Arquint

commember dal cussegl da la Fundaziun Linguagts e Culturaz

L'ordre d'introduction des langues vivantes à l'école n'a pas l'importance qu'on lui prête.

Et si l'ordre d'introduction des langues à l'école ne jouait qu'un rôle mineur?

En Europe, près de la moitié des systèmes commencent par une langue de proximité, l'autre moitié par une langue de grande diffusion internationale. Il n'y a pas de règle parce que les situations sont différentes. En revanche, les rendez-vous linguistiques sont centraux.

Les rendez-vous linguistiques en Europe et en Suisse, c'est le **plurilinguisme**, soit le **nombre** de langues apprises avant 15 ans, trois langues, et non plus deux; la **précocité** de leur apprentissage, à l'École primaire au plus tard; le genre de langues apprises, soit la double maîtrise d'une langue du voisin et d'une langue de grande communication. Ce qui compte, c'est **les niveaux de langues** acquis à 15 ans et comparés selon le modèle du Conseil de l'Europe. Quant aux modalités - précoce? intensif? l'allemand d'abord? l'anglais d'abord? - ce ne sont que des modalités.

Les Ministres suisses de l'Education ont choisi de donner aux Cantons des rendez-vous linguistiques en termes de **standards**. C'est bien. C'est essentiel. C'est suffisant.

Prescrire encore l'ordre d'apprentissage de ces langues n'aurait pas l'importance que l'opinion publique suisse semble vouloir lui accorder. Ce serait une injonction non nécessaire dans un système plurilingue.

Jacques-André Tschoumy

membre du Conseil de la Fondation Langues et Cultures.

L'adesione molto critica del Ticino

La Svizzera è un formidabile modello di convivenza di lingue e culture differenti che rappresentano una grande e immensa ricchezza da difendere. In altre parole: non possiamo sacrificare l'identità di un'intera nazione sull'al-

tare di chi, per puro utilitarismo o per comodità, sostiene l'insegnamento dell'inglese già nei primi anni di scuola elementare relegando però le altre lingue nazionali al ruolo di comparse (l'italiano e il romancio) o di *quantité négligeable* (il francese). Non si tratta di rinnegare il ruolo dell'inglese - che tutti riconoscono, dimenticando però che la lingua più parlata in Europa è il tedesco - ma di promuovere una politica delle lingue che rispetti anche e soprattutto il nostro federalismo. Per questo motivo il Ticino ha dato un'adesione molto critica al documento elaborato dalla Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione: *adesione* perché siamo coscienti della necessità di dover trovare un accordo e un coordinamento sul piano nazionale nell'ambito dell'insegnamento delle lingue; *critica* perché la proposta, che prevede l'insegnamento di due lingue straniere già nelle scuole elementari, appare poco sostenibile nella realtà scolastica, in particolare del nostro Cantone; *critica* anche perché l'italiano meritava una diversa considerazione nella proposta della CDPE. Continueremo a batterci perché l'italiano sia offerto nelle scuole e nelle università degli altri cantoni. Eravamo fieri di poter dire che ogni svizzero poteva sedersi attorno a un tavolo e parlare nella sua lingua sapendo di essere capito. Lo scenario futuro sarà ben diverso: parleremo tutti inglese, ma forse ci capiranno meno.

Gabriele Gendotti

Consigliere di Stato, Direttore del Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport, Repubblica e Cantone Ticino. Membro del Consiglio di Fondazione della Fondazione Lingue e Culture.